

BIG – wie weiter?

In Namibia gehen die Auseinandersetzungen um ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BIG) nach Auslaufen der Pilotphase des Projektes intensiv weiter. Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia hat Ende August eine Fortsetzung und Erweiterung des BIG-Projektes auf andere Regionen Namibias beschlossen. Ziel dieser Erweiterung ist es, die Regierung zu einer Übernahme und Umsetzung des BIG-Ansatzes auf nationaler Ebene zu bewegen. Um den Druck von unten zu erhöhen, sollen die neuen Regionen sowohl nach dem Kriterium der akuten Betroffenheit durch Armut, als auch nach ihrer politischen Relevanz für die Regierungspartei ausgewählt werden. Strategisch sollen auch in der Konzipierung und Durchführung des Projektes in den neuen Regionen lokale und regionale Entscheidungsträger miteinbezogen werden, um neue Brücken für Verhandlungen mit der Regierung zu bilden. Aber all diese interessanten strategischen Denkanstöße haben nur dann die Chance, auf nationaler Ebene ein Momentum zu bilden, wenn die BIG-Koalition es schafft, die für die Fortsetzung der reduzierten Zahlungen an die Beteiligten des Pilotprojektes und die für die Erweiterung notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zu mobilisieren. Genau diese zentrale Aufgabe scheint aber gleichzeitig eine ungelöste Frage zu sein. Es wäre schade, wenn die Fortführung des BIG-Projektes an der Mobilisierung der Finanzen scheitern würde, während die Politik doch den auch aus dem BIG-Projekt hervorgehenden Druck spürt und versucht, mit einigen Initiativen darauf zu reagieren.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit¹, und der daraus resultierenden Armut und Perspektivlosigkeit sieht sich die Regierung gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die viele Analysten nicht zuletzt auf das Wirken der BIG-Koalition zurückführen. So hat die Regierung 2011 ein neues Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ins Leben gerufen. Im gleichen Zusammenhang ist das „Food for Work Program“ zu erwähnen, mit dem die Regierung versuchte, auf einen der großen Skandale der jüngsten namibischen Geschichte zu reagieren. Dass es in Namibia Menschen gibt, deren Versorgung mit Nahrungsmitteln problematisch ist, dürfte der Regierung schon bekannt sein. Als dann einige dieser Menschen im Müll nach Nahrung suchten und die Presse darüber berichtete, war der Skandal für ein Land mit einer mittleren Einkommensstufe nicht mehr zu verleugnen. Diese Situation machte einmal mehr deutlich, wie notwendig ein landesweites BIG-Programm ist. Die Regierung ihrerseits lehnt nach wie vor die Einführung des BIG-Projektes ab und ergreift stattdessen altbekannte Maßnahmen, um der Armut entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang ist auch die neue Initiative des *Ministeriums für Land und Wiedereingliederung* zu erwähnen, die Agribank mit 10 Millionen N\$ auszustatten, um neuen Farmern nicht nur Land zur Verfügung zu stellen, sondern auch Ausbildungsmöglichkeiten, sowie die Versorgung mit Wasser und Krediten zu gewährleisten. Vertreter der BIG-Koalition erhielten die Erklärung über diese neue Orientierung vom Minister selbst, nachdem die Synode der ELCR an die

¹ LARRI (ed.), The crisis of youth unemployment in Namibia. Recommendations for pro-youth economic and employment policies, ANSA country case studies Namibia, 2011.

Regierung appelliert hatte, die bisher praktizierte Landpolitik zu überdenken. Die neue Initiative scheint in die richtige Richtung zu gehen. Einmal umgesetzt, könnte sie tatsächlich dazu beitragen die Arbeitslosigkeit zu senken und die Produktivität zu erhöhen. Aber mit dieser neuen Orientierung des Ministeriums geht auch das Eingeständnis einher, dass die bisherige Landpolitik gescheitert ist. Zu bedauern ist nur, dass die Regierung 20 Jahre brauchte, um dies zu begreifen. Ob die neue Initiative eine gute Umsetzung erfährt, lässt sich nicht voraussagen. Ein Blick auf frühere gut gemeinte Projekte der Regierung lässt Zweifel aufkommen. Einmal mehr muss die BIG-Koalition einsehen, dass die Regierung Geldmittel mobilisiert, um neue Initiativen zu finanzieren. Auch wenn es der BIG-Koalition und der ELCRN mit ihrem Synode-Beschluss zur Landfrage anzurechnen ist, dass die Regierung den Druck tatsächlich spürt und sich gezwungen fühlt, etwas zu tun, zeigt diese Antwort, dass es bis zur Übernahme und Umsetzung des BIG durch die Regierung noch ein langer Weg ist und dass in der Zukunft die Aktionen der BIG-Koalition so verstärkt und kanalisiert werden müssen, dass die Regierung nicht immer wieder mit neuen eigenen Programmen antwortet, die den gesellschaftlichen Druck dämpfen, ohne das zentrale Anliegen der Koalition zu beachten, sondern sich endlich auf das einlässt, was die BIG-Koalition anstrebt und in der Pilotphase erfolgreich umgesetzt hat.